

**DER BUNDESMINISTER
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG**II-8294 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

GZ 10 072/214-1.13/89

Auswahl der Vortragenden eines
wehrpolitischen Fachseminars;Anfrage der Abgeordneten
Dr. Gugerbauer und Genossen
an den Bundesminister für
Landesverteidigung, Nr. 3827/J

3788 IAB

1989 -07- 20

zu 3827 IJ

Herrn

Präsidenten des Nationalrates

Parlament

1017 Wien

In Beantwortung der seitens der Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Gugerbauer und Genossen am 29. Mai 1989 an mich gerichteten Anfrage Nr. 3827/J beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Die vorliegende Anfrage bezieht sich auf ein wehrpolitisches Seminar der 4. Panzergrenadierbrigade, welches in der Zeit vom 8. bis 10. Mai 1989 zum Themenkreis "Europäische Integration" in Bad Leonfelden stattgefunden hat. In diesem Zusammenhang äußern die Fragesteller den Verdacht, bei der Auswahl der Vortragenden sei nicht nach fachlichen, sondern nach parteipolitischen Gesichtspunkten vorgegangen worden.

Hiezu ist vorweg zu bemerken, daß der Vorwurf einer parteipolitischen Vorgangsweise jeder Grundlage entbehrt. Gerade weil sich das Bundesministerium für Landesverteidigung schon von allem Anfang an darüber völlig im klaren war, daß bei Symposien und Fachseminaren zur Staats- und Wehrpolitischen Bildung im Rahmen der berufsbegleitenden Fortbildung des Kaderpersonals des Bundesheeres ausschließlich fachliche Gesichtspunkte zum Tragen kommen dürfen, wird bei der Organisation und Durchführung dieser Veranstaltungen, insbesondere aber auch bei der Auswahl von Vortragenden aus dem zivilen Bereich, seit mehr als 22 Jahren in engem Einvernehmen mit der Europäischen Akademie Wien (vormals Europahaus Wien) vorgegangen.

Im konkreten Fall sollte Gelegenheit geboten werden, den Themenkreis unter verschiedenen Blickwinkeln zu erörtern. So war - neben Referaten von Botschafter Dr. Manfred Scheuch (Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Univ.Prof. Dr. Heribert Franz Köck (Universität

Linz) - eine Behandlung des Themas sowohl aus der Sicht der Wirtschaft, als auch aus jener der Arbeitnehmer vorgesehen.

Den Vortrag zum Thema: "Die Europäische Integration aus der Sicht der Wirtschaft" sollte ursprünglich der Industrielle und Landtagsabgeordnete Dr. Leitl, ein allgemein anerkannter Experte auf diesem Gebiet, halten; infolge kurzfristiger Verhinderung des Genannten wurde das Referat in der Folge jedoch von Mag. Christian Mandl, einem Mitarbeiter der Handelspolitischen Abteilung der Vereinigung Österreichischer Industrieller, der für Fragen der Europäischen Integration zuständig ist und ohne Zweifel die fachlichen Voraussetzungen für ein derartiges Referat aufweist, gehalten (Mag. Mandl übt, soweit bekannt, kein politisches Mandat aus).

Für den Vortrag "Die Europäische Integration aus der Sicht der Arbeitnehmer - Konsequenzen" war seitens der Europäischen Akademie Wien LAbg. Mag. Otto Gumpinger namhaft gemacht worden. Mag. Gumpinger ist von seiner Ausbildung Sozialwirt und beschäftigt sich seit Jahren mit den Auswirkungen einer EG-Integration auf die Arbeitnehmerschaft; seine Kompetenz zur Abhaltung des genannten Vortrages kann wohl ebenfalls nicht bestritten werden.

Zusammenfassend ist somit festzustellen, daß beim wehrpolitischen Seminar in Bad Leonfelden nicht zwei Landtagsabgeordnete der Österreichischen Volkspartei als Vortragende in Erscheinung traten, sondern nur einer. Die Auswahl sämtlicher Vortragenden erfolgte nicht - wie unterstellt - nach parteipolitischen, sondern ausschließlich nach fachlichen Gesichtspunkten im Einvernehmen mit der Europäischen Akademie Wien.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, daß das Bundesministerium für Landesverteidigung in der Vergangenheit rund 150 wehrpolitische Seminare in Zusammenarbeit mit der Europäischen Akademie Wien veranstaltet hat, ohne daß bisher je Kritik an der Auswahl der Vortragenden geäußert wurde. Da mir aber bekannt ist, daß die Direktion dieses Institutes stets an Vorschlägen hinsichtlich fachkundiger Vortragender bei den Symposien und Fachseminaren zur Staats- und Wehrpolitischen Bildung interessiert ist, nehme ich die vorliegende Anfrage gerne zum Anlaß, um die Antragsteller einzuladen, künftig von dieser Möglichkeit Gebrauch und geeignet erscheinende Referenten namhaft zu machen.

20. Juli 1989

